Antrag öffentlich	Datum 18.07.2017	Nummer A0105/17
Absender **Fraktion LINKS für Magdeburg**		
Adressat Vorsitzender des Stadtrates Herr Schumann		

Gremium	Sitzungstermin
Stadtrat	17.08.2017

Kurztitel
Alternativtrasse 2. Nord-Süd-Verbindung: BürgerInnenvorschlag prüfen!

Der Stadtrat möge beschließen:
Der Oberbürgermeister wird gebeten, in Abstimmung mit den MVB, den am 15.07.2017 in Magdeburger Medien vorgestellten Vorschlag der Gemeinwesenarbeitsgruppen (GWA) Kannenstieg und Neustädter See für eine alternative bzw. ergänzende Trassenführung zu prüfen.
Insbesondere wird gebeten zu prüfen, ob und welche Möglichkeiten bestehen, den Inhalt der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger im laufenden Planungsverfahren zu berücksichtigen und welche Konsequenzen deren Umsetzung für die Planung, Finanzierung sowie Wirtschaftlichkeit der zukünftigen 2. Nord-Süd-Verbindung hätte.
Der Oberbürgermeister wird ferner gebeten, bzgl. der Prüfungsinhalte und -ergebnisse, eine Antwort, ggf. eine Zwischeninformation, bis Anfang des 4. Quartals 2017 zu geben.

Begründung:
Nicht nur in den nördlichen Stadtteilen wurden die Vorhaben der MVB zu Herstellung einer 2. Nord-Süd-Verbindung stark und teilweise sehr kontrovers diskutiert. Grundsätzlich unterstützen die GWA'en Neustädter See und Kannenstieg als Inspiratoren dieses Prüfantrages und z. T. auch GWA-Gruppen angrenzender Stadtteile, mit einigen Ausnahmen, die Vorschläge der bisher bekannt gewordenen Vorhaben zur Trassenplanung der MVB. Dennoch werden Verbesserungs- bzw. Optimierungsmöglichkeiten gesehen.
Der nunmehr vorgelegte Vorschlag der Bürgerinnen und Bürger greift nach längeren, z. T. stadtteilübergreifenden Diskussionen in den GWA'en, konkrete Anliegen der dort Wohnenden auf und fasst deren wesentlichen Vorstellungen zusammen. Neben den bereits in der Junisitzung 2017 im Stadtrat übergebenen Unterschriften, spiegelt er den offensichtlichen Überarbeitungsbedarf bisheriger Planvorstellungen der MVB aus Sicht der Anwohnerinnen und Anwohner wider.
Ziel der Prüfungsantragstellung ist es auch, gleichzeitig und ergänzend zu formellen Möglichkeiten im gesetzlichen Planungsverfahren, Bürgerinnen und Bürgern der betroffenen Stadtteile sowie Kunden der MVB weitere Möglichkeiten zu eröffnen, sich direkt und unmittelbar an einem wichtigen Teil der infrastrukturellen Entwicklung „ihres" Wohnumfeldes durch das städtische Unternehmen MVB, zu beteiligen.

Frank Theile	Helga Boeck	Hugo Boeck
Stadtrat	Stadträtin	Stadtrat